

„Massendemonstrationen“ nicht aus der Mitte

Von wegen

„Massenproteste gegen die AfD im Februar 2024 in Berlin und anderswo.“

Bei einer Befragung von wahlberechtigten Demo-Teilnehmern nach ihrer politischen Orientierung stellte sich heraus: [Grafik 1]

- 61 % hatten bei der Bundestagswahl 2021 die Grünen gewählt.
- 65 % ordneten sich politisch links der Mitte ein,
- 5 % links außen,
- nur 3 % verorteten sich »Mitte-rechts«.

Der Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang appellierte in einem ARD-Interview an die »Mitte der Gesellschaft, die schweigende Mehrheit«, endlich Position zu beziehen, »gegen Extremismus in Deutschland« auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren.

In den darauf folgenden Wochen kamen – von unsichtbarer Hand orchestriert – Hunderttausende zusammen, um »gegen rechts« im Allgemeinen und die AfD im Besonderen zu demonstrieren. Ursache war nicht Haldenwangs Appell, als Anlass wurde in der Mainstream-Presse die Berichterstattung über ein angebliches »Geheimtreffen« in Potsdam, bei dem Vertreter verschiedener Parteien (unter anderem der CDU) und Privatleute öffentlich geplant haben sollen, Menschen mit Migrationshintergrund wieder in ihre Herkunftsländer zurück zu schicken.

In den öffentlich-rechtlichen Medien folgte nun ein überschwängliches Lob von den Grünen.

Die Grünen-Co-Chefin Ricarda Lang rühmte die Proteste: »Wir sehen, die Mitte dieses Landes steht auf, um unsere demokratische Grundordnung zu verteidigen.«

Das entsprach allerdings – wie so oft – nicht der Realität.

Eine aktuelle Studie der Universität Konstanz korrigiert das grüne Narrativ von der demonstrierenden Mitte der Gesellschaft. Bei einer Befragung von wahlberechtigten Demo-Teilnehmern nach ihrer politischen Orientierung stellte sich heraus: [Grafik 1]

- 61 % hatten bei der Bundestagswahl 2021 die Grünen gewählt.
- 65 % ordneten sich politisch links der Mitte ein,
- 5 % links außen,
- nur 3 % verorteten sich »Mitte-rechts«.

Es handelt sich also nicht um eine »schweigende Mehrheit«, sondern eher um eine vor allem sehr grüne und linke Minderheit, die als Mehrheit dargestellt wurde. Wähler der bürgerlichen Parteien waren laut der Studie bei den Demos sehr schwach vertreten. 8 % gaben an, CDU und CSU gewählt zu haben, 3 % FDP. Das ist wenig überraschend – denn bereits bei den Aufrufen zu den Demonstrationen wurde zwischen rechts und rechtsextrem kein Unterschied gemacht. Dass sich die »gesellschaftliche Mitte« vom rechts-extremen Rand abgrenzen will, ist richtig. Aber warum nicht vom links-extremen Rand? Eine Abgrenzung von demo-

kratisch legitimierten rechten – wie so oft – nicht der Realität. Positionen grenzt allerdings weite Teile des bürgerlichen Lagers aus – und damit einen großen Teil der demokratischen Mitte. [Grafik 2]

Während repräsentative Studien besagten, dass nur 37 % die Demos befürworteten, hielt das viele Medienvertreter nicht davon ab, euphorisch über die Proteste zu berichten.

Vom »Aufstand der Anständigen« war im »Tagesspiegel« die Rede. Die »Süddeutsche Zeitung« feierte das »befreiende Gefühl, unter Demokratiefreunden zu sein«. Klar, es waren vor allem die links-grünen Freunde der SZ.

Inzwischen ist bestätigt, dass die geschickte Erzählung des Mediums »Correctiv« über angebliche »Deportationspläne« gegen deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund erfunden ist.

Auf die fragwürdige Berichterstattung folgte das falsche Narrativ einer sich erhebenden Mehrheit.

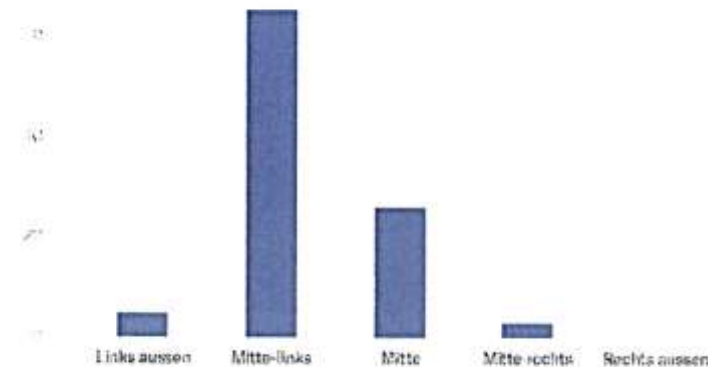
Dabei handelt es sich nicht um eine Mehrheit – und schon gar nicht um die gesellschaftliche Mitte.

Tatsächlich ist es wohl eher ein kleiner Teil der linksgrünen »Mitte«, der sich seit Wochen selbst vergewissert, immer noch auf der richtigen Seite zu stehen. ● red.

Analysegrafiken der Konstanz-Studie

Mehrheit bei »Demos gegen rechts« ordnet sich der linken Mitte zu

Politische Orientierung bei den befragten Demonstrationsteilnehmern, in Prozent (Gallisteinschätzung)



Für diese repräsentative Umfrage wurden 509 zufällig ausgewählte Demonstrationsteilnehmer befragt. Sie wurde im Januar 2024 in drei Städten im Südwesten Deutschlands durchgeführt: Konstanz, Singen und Radolfzell. Quelle: Universität Konstanz; Autoren: Marco Bruchmann, Sebastian Kooß. NZZ / bpa.

Grafik 1:

Mehrheit der »Demos gegen rechts«-Teilnehmer wählte bei der letzten Bundestagswahl die Grünen

Zweitstimme der Teilnehmer der »Demos gegen rechts« bei der letzten Bundestagswahl



Für diese repräsentative Umfrage wurden 509 zufällig ausgewählte Demonstrationsteilnehmer befragt. Sie wurde im Januar 2024 in drei Städten im Südwesten Deutschlands durchgeführt: Konstanz, Singen und Radolfzell. Quelle: Universität Konstanz; Autoren: Marco Bruchmann, Sebastian Kooß. NZZ / bpa.

Grafik 2:

»Rechts von der CDU/CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben«

Franz Josef Strauß 1987

»Der Satz ist einerseits richtig, weil wir uns als Union stets so verstehen müssen, dass wir zur Mitte hin integrieren, ...«

»Wenn der Satz von Strauß aber andererseits auch so verstanden werden kann, dass im Ergebnis Prinzipien relativiert oder gar aufgegeben werden müssten, damit Menschen sich nicht von der Union abwenden, Prinzipien, die für unser Land wie auch die Union konstitutiv sind, die den Kern unserer Überzeugungen ausmachen, dann gilt dieser Satz für mich nicht.«

Angela Merkel 2016

»Der Satz ist heute so richtig wie vor 30, 40 Jahren. Das ist mein ganzer Lebensinhalt, Politik für eine Volkspartei zu machen, um zu vermeiden, dass rechts von einer Volkspartei eine demokratisch legitimierte Partei entsteht.«

Horst Seehofer 2016

Frau Rechtsruck

DEMOKRATIE Sie war Sozialistin, Liberale, Konservative und arbeitet jetzt für die AfD. Die Biografie der Dresdnerin Barbara Lässig zeigt, wohin diffuse Wut führen kann.

Ein Biergarten im Nordwesten von Dresden, Barbara Lässig lässt ihre Handtasche mit Leopardmuster auf einen Holzstuhl plumpsen und setzt sich in die Frühlingssonne. Hinter ihr die Elbe, neben ihr das Ballhaus Watzke – jenes Lokal, in dem Björn Höcke 2017 das Berliner Holocaustmahnmal als »Denkmal der Schande« verunglimpfte und eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« forderte. Lässig ist aber nicht gekommen, um über den Thüringer AfD-Chef zu sprechen. Sondern über sich selbst.

Es gibt da nämlich einiges richtigzustellen, aus ihrer Sicht jedenfalls. Barbara Lässig, langjährige PDS-Stadträtin und streitbare Prominente der Dresdner Stadtgesellschaft, ist demnach keineswegs zur Rechtsradikalen mutiert. Sie arbeitet inzwischen für die AfD, sei und werde jedoch kein Mitglied. Und dann kommt sie aber doch noch auf den bekanntesten Vertreter dieser Partei zu sprechen: »Höcke ist kein Rechtsextremist«, sagt sie über den Rechtsextremisten Höcke. »Der ist rechts, klar, aber was ist denn daran schlimm? Das Problem seien doch nicht Leute wie Höcke, sondern die Nazis.«

Lässig hat sich in ihrer langen politischen Laufbahn bereits für Flüchtlingskinder und Obdachlose eingesetzt, jetzt also auch für einen der einflussreichsten Verfassungsfeinde des Landes. Wie das zusammenpasst? So wie »Il die anderen Widersprüche im Leben von Barbara Lässig, 67, einer Dresdner Lokalprominenz der besonderen Sorte: Sie bezeichnet sich als Linke, nennt Andersdenkende aber »Linksfaschisten« und lässt offen, wen genau sie damit meint. Sie wollte den Sozialismus und fordert Gerechtigkeit, wettete aber gegen »Gender-Gaga« und die Grundrisicherung.

»Ich habe mich nicht verändert«, sagt Barbara Lässig. »Die Welt um mich herum hat sich verändert.«

Es klingt, als wäre sie eine Getriebene, ein Opfer des kollektiven Veränderungsrauschs. Eine, die ihr Leben ständig anpassen muss, um sie selbst bleiben zu können. Als junge Frau trat Lässig 1976 in die SED ein, blieb nach 1989 in der PDS, wechselte 2010 in die FDP und wenig später zu den Freien Wählern. Inzwischen schreibt sie im Auftrag der AfD-Fraktion Anträge für den Stadtrat.

Eine Biografie von altlinks nach neurechts, Lässigs politische Karriere ist voller Brüche

und Wendungen, Höhen und Tiefen. Einiges davon ist lehrreich und weist über den Einzelfall hinaus: Ihre politische Karriere begann in der ostdeutschen Volkspartei PDS und mänderte zur ostdeutschen Volkspartei AfD, so war sie immer im Mainstream.

Was lässt sich aus Ihrer Geschichte über den Aufstieg der AfD lernen, über die Krise der deutschen Demokratie?

Lässig ist eine fröhliche, energische Frau. Die braun gefleckte Bluse flattert im Wind, dazu trägt sie Ringe, Armbänder, Ohrhänge, Tattoos. Sie redet gern und schnell. »Ich habe mit Nazis nichts zu tun«, sagt Lässig. »Ich weiß ja nicht mal, wie man die erkennt.« Aber ein Rechtsextremist, das sagt sie mit großer Überzeugung, »ist einer, der zum Beispiel wirklich auf Ausländer losgeht«. Dann erzählt sie von einer Bauerndemo, auf der ihr »so ein paar Typen« aufgefallen seien. »Die sahen irgendwie düster aus, Springerstiefel und so, aber vielleicht tu ich denen ja total unrecht.« Und vielleicht seien ja auch die Linksfaschisten die neuen Nazis, »was weiß denn ich? Es geht doch alles total durcheinanders.«

Das Durcheinander beginnt offenbar schon in Lässigs Kindheit. Sie komme, so erzählt sie es, aus einem kommunistischen Elternhaus: Die Mutter linientreue Vize-Oberbürgermeisterin, der Vater Bauingenieur und Verfolger des Naziregimes. Von ihr habe sie das Faible für Kommunalpolitik, sagt Lässig, von ihm das lose Mundwerk. Er habe immer gesagt, was er dachte, einen DDR-Minister habe er etwa als »Schwein« bezeichnet. Die Stasi habe ihn schließlich umgebracht, da sei sie sich ganz sicher, »ein absichtlich herbeigeführter Autounfall auf dem Weg zur Arbeit«. Das sei 1967 gewesen, Lässig war zehn und hatte noch 23 Jahre SED-Diktatur vor sich.

»Ich habe an den Sozialismus geglaubt«, sagt Lässig, politisch aktiv aber wurde sie erst nach der Wende: Sie besuchte den runden Tisch im Dresdner Rathaus, trat aus Solidarität mit Kahl-Bergleuten in den Hungerstreik, zog für die PDS in den Stadtrat ein. 91 An-

»Ich war immer bei den Falschen.«

träge und 1590 schriftliche Anfragen verfasste sie laut eigenen Angaben seitdem, baute nebenbei eine Werbeagentur auf, wurde Präsidentin des Eishockeyklubs ESC und engagierte sich in anderen Vereinen. Lässig ist das Gegenteil einer abgehängten Ostdeutschen, sie hat eine Festanstellung, ein Mietshaus, einen Sitz im Stadtbezirksbeirat.

Und Gefühle.

Viele Gefühle: Über ihre drei Kinder redet sie nicht gern, auf ihre Enkel aber ist sie umso stolzer. Auf Twitter und Instagram hat sie Fotos gepostet, mal mit Baby, mal mit Tochter und Kind, mal mit Enkeln vorm Weihnachtsbaum. Lässig hat die Bilder mit Emoticons und Liebesbekundungen (»So eine süße Enkelin«) versehen. Sobald es aber um die Welt geht, in der diese Kinder aufwachsen, wandelt sich die glückliche Oma zur zornigen Bürgerin. Dann geht es um die Angst, vom Tempo der Veränderungen überrollt zu werden. Das Gefühl, permanent missverstanden und berverständigt zu werden. Die Hoffnung, im Widerstand gegen allerlei Zumutungen den Lauf der Zeit noch stoppen zu können.

Den »Gender-Gaga«. Die »Linksfaschisten«. Den »Staatsfunk«.

Es sind genau solche Ideen und Begriffe, gegen die sich die demokratische Zivilgesellschaft in Ostdeutschland stemmt. In Sachsen etwa rufen die Kirchen seit Kurzem zum Wählen »mit Herz und Verstand« auf – die Frage ist nur, warum sich jemand wie Barbara Lässig davon angesprochen fühlen sollte. Die christliche Initiative wirbt »für Demokratie und gegen Extremismus«, »für Menschenwürde, Nächstenliebe und Zusammenhalt«. Nichts davon lehnt Lässig ab, sie sagt: »Ich will doch auch Gerechtigkeit, eigentlich bin ich noch immer ein links denkender Mensch.«

Nur: Was macht ein links denkender Mensch in einer Partei, die der Verfassungsschutz in Sachsen als »gesichert rechtsextremistisch« einstuft?

Lässig findet nichts an ihrem Wandel ungewöhnlich. Auf die PDS hätten früher alle draufgehauen, genauso wie heute auf die AfD. »Ich war immer bei den Falschen«, sie sagt das mit fast kindlicher Freude, »und so wie ich ticken viele.« Tatsächlich belegen wissenschaftliche Daten der »German Longitudinal Election Study«, ausgewertet von der »Zeit«, einen dramatischen Rechtsruck im Parteiensystem. Fast die Hälfte der heutigen AfD-Fans favorisierte Ende 2011 noch eine andere Partei, die meisten davon die SPD. Zudem ist die Anhängerschaft der extremen Rechten keineswegs bloß frustriert, männlich, ungebildet: 44 Prozent sind Frauen, 62 Prozent haben Fachabi, Mittlere Reife oder Abitur.

Lässig bestellt sich einen Kaffee, dann erzählt sie vom vielleicht entscheidenden Moment ihrer Radikalisierung, einem brütenden heißen Tag im August 2015. Damals besuchte sie erstmals ein Flüchtlingsheim. Die Stippvisite in der Dresdner Friedrichstadt habe sie schockiert: in Zelten eingepferchte Menschen, auf dem Boden hockende Kinder, überall



Lokalpolitikerin Lässig

Eng und Elend. »Da gab's nur Schotter, Staub und Hitze«, so erinnert sich Lässig an diesen Tag. »Es war die Hölle, wie im Krieg.«

Die Lokalpolitikerin, zu dieser Zeit Mitglied des städtischen Jugendhilfeausschusses, wollte daraufhin Streetworker schicken – »damit sie die armen Kinder aus dem Lager holen und mit denen was Schönes machen«. Plötzlich redet sie, die gelernte Kindergärtnerin und Diplomsporthelehrerin, wie jemand von denen, die sie als »Linksfaschisten« bezeichnet. »Ich war anfangs nicht gegen Flüchtlinge, sondern gegen diese Art der Migration, gegen die Unterbringung in riesigen Lagern irgendwo am Stadtrand.« Man hätte die Migranten von Anfang an besser integrieren müssen, sagt sie, »stattdessen wurden sie in der sendenden Hölle abgeladen und mussten in überfüllten Zelten hausen«. Lässig zögert kurz, das macht sie nicht oft, dann sagt sie: »Ich bin ein Gutmensch. Weil man halt immer schauen muss, wie man die Probleme lösen kann.«

Im Sommer 2015 sah die Lösung so aus: Lässig wittete im Jugendhilfeausschuss, beschimpfte die Verantwortlichen als »Deppen« und »Oberversager« – erreichte politisch aber nichts. Also organisierte sie für 48 Kinder aus dem Lager einen Ausflug in ein Feriendorf. Es gibt Fotos von diesem Tag: Kinder im

Sand, Kinder auf einer Hüpfburg, Kinder neben einer lüchelnden Barbara Lässig.

Neun Jahre später arbeitet Lässig für die AfD und sagt: »Ich lehne die illegale Masseneinwanderung strikt ab.« Ja, was denn nun?

»Ich denke links«, sagt Lässig, »aber ich will das nicht so, wie die das haben wollen.« Sie meint vor allem die Grünen, aber es geht offenkundig um mehr. In jenem Herbst 2015, als sich immer mehr Menschen Pegida und der AfD zuwandten, zerbrach in Lässig womöglich etwas: der Glaube ans Gemeinwesen, an die deutsche Demokratie. Seitdem lässt sich ihre Radikalisierung in Echtzeit verfolgen, etwa auf ihrem Facebook-Profil. Man kann sie aber auch einfach fragen:

Leben wir in einer Demokratie? »Jein. Manchmal schon, manchmal nicht.«

Ist Politik noch glaubwürdig? »Alles Blabla, die versachen uns von früh bis abends.«

Lügen wirklich alle? »Auf jeden Fall der Staatsfunk.«

Es sind Sätze, die auch in Neonazi-Foren fallen könnten, sie zeugen von Verachtung gegenüber dem derzeitigen Parteiensystem, der Medienöffentlichkeit. Lässig schwärmt von jener Parallelwelt, in der sich auch Neurechte und Verschwörungsgläubige tummeln: in den Texten und Videos von Publizisten wie

Roband Tichy, Ralf Schuler, Peter Weber, Boris Reitschuster. Die würden »über Unbequemes berichten«, behauptet Lässig, mit der AfD reden, »den Geschassten« zuhören.

Zu denen zählt sie auch Björn Höcke. Der sprach neulich über Menschen mit Migrationshintergrund: »Wir werden auch ohne Probleme mit 20 bis 30 Prozent weniger Menschen in Deutschland leben können.« Lässig will sich darüber nicht empören, sie sagt: »Der kann doch solche Gedanken haben, wir können beziehungsweise sollten doch über alles reden.«

Vielleicht ahnt Lässig zumindest, dass das so nicht stimmt, aber womöglich geht es ihr auch gar nicht so sehr um die Sache. Sie sagt: »Seit 2015 mache ich aus Prinzip das Gegenteil von dem, was die Regierung von mir will.« Deshalb stimme sie als Lokalpolitikerin auch nie für Vorlagen mit geschlechtergerechter Sprache: »Wenn die beste Idee der Welt von meiner Stimme abhängen würde, aber der Antrag gegendert wäre: Ich würde nicht zustimmen.« Fragt man nach, was genau sie 2015 dermaßen geprägt hat, redet sie minutenlang über »die vielen Flüchtlinge« und sagt solche Sätze: »Deutschland kann nicht alle Notleidenden der Welt aufnehmen.«

Es ist diese radikale Form des Trotzes, die sich durch ihr Leben zieht. Der PDS will sie nur deshalb nicht schon 1990 den Rücken gekehrt haben, weil sie sich dann bei all den »verlogenen Parteikadern und Überzeugungstätern« eingereicht hätte. Mit den Genossen legte sie sich immer wieder an, trat 1998 aus und machte später in der FDP genauso weiter: Sie überwarf sich 2019 mit ihren neuen Parteifreunden, nachdem sie eine Frau mit Burka in einem Facebook-Beitrag als »eine mit Müllsack« verunglimpfte hatte.

Sie bezeichnet den russischen Autokraten Putin als Aggressor und hält wenig von Donald Trump. Aber Waffenlieferungen an die Ukraine lehnt sie ab, und Trump wünscht sie einen Wahlsieg in den USA – weil »die Medien« und »die Politik« ihn ablehnten.

Der ganze Trotz hat allerdings Kehrseiten. Lässig berichtet von Beschimpfungen, als »braunes Schaf« oder als »Nazi«. Hinzu kommen familiäre Verwerfungen. Ihre Kinder hätten für die AfD nichts übrig, mehr verrät sie darüber nicht, aber das sei ihr egal. »Sie glauben, was im Staatsfernsehen läuft«, sagt Lässig, und »Sie sind Mittläufer, so wie ich damals in der DDR.« Sie verüble ihnen das nicht, schließlich sei sie einst selbst so gewesen. Das soll vermutlich nachsichtig klingen.

Aber so selbstsicher und überzeugt, wie all das wirken soll, ist Lässig dann doch nicht. »Ich gehe jetzt regelmäßig zu einer Psychologin, weil ich mit dem ganzen Scheiß nicht mehr klarkomme«, sagt sie. Die Psychologin sage immer, sie solle sich nicht so viel mit Politik beschäftigen, das sei ungesund. »Aber ich kann nicht anders, ich bin halt so.«

Im Juni will sie wieder für den Stadtbezirksbeirat kandidieren. Warum? Weil mutigere Mandatsträger gefragt seien.

Peter Marcell

Solidarität – aber nicht mit jedem Opfer

Verletzte Wahlkämpfer: Für die brutale Attacke auf einen SPD-Politiker wird die AfD mitverantwortlich gemacht

LORENZ BIEN

Etwa 3.000 Menschen versammelten sich noch am Sonntag im Dresdner Stadtteil Striesen, zur selben Zeit kamen an die 1.000 Personen zum Brandenburger Tor in Berlin. „Wir werden nicht weichen gegen diejenigen, die die Demokratie verächtlich machen“, betonte die Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) während der Dresdner Demonstration, neben ihr waren auch die Bundesvorsitzende der SPD, Saskia Esken, Kulturministerin Claudia Roth (Grüne) und der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) angereist. In Berlin waren die Bundestagsabgeordneten Ricarda Lang (Grüne) und Kevin Kühnert (SPD) anwesend.

Kurz zuvor war bekanntgeworden, daß es im Zusammenhang mit dem EU-Wahlkampf zu mehreren körperlichen Angriffen auf Wahlhelfer und Politiker gekommen war. Besonders der Fall des sächsischen SPD-Spitzenkandidaten Matthias Ecke schien für die Demonstranten ausschlaggebend zu sein. Der Politiker war am Freitagabend beim Plakatieren von einer vierköpfigen Tätergruppe derart schwer attackiert worden, daß er in ein Krankenhaus befördert und dort operiert werden mußte. Derzeit geht die Dresdner Polizei davon aus, daß die gleiche Gruppe nur wenige Minuten zuvor einen 28-jährigen Wahlkampfleiter der Grünen körperlich angegriffen hatte. Später stellte sich ein 17-jähriger Jugendlicher freiwillig der Polizei und erklärte, Ecke mehrfach ins Gesicht geschlagen zu haben. Auch die anderen Täter seien mittlerweile identifiziert, teilte das



Demonstration in Dresden: „Wer denkt wie ein Nazi, wer redet wie ein Nazi, den müssen wir als Nazi bezeichnen. Die AfD ist eine Nazipartei“

Landeskriminalamt Sachsen am Montag mit. Bei mindestens einem der Tatverdächtigen sollen die Ermittler Hinweise auf eine rechtsextreme Gesinnung gefunden haben.

Einen Tag nach dem Dresdner Vorfall traf es den niedersächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Holger Kühnlenz. Während er einen Infostand in Nordhorn betrieb, bewarfen ihn zwei vermeintliche Personen zunächst mit Eiern und schlugen ihm anschließend ins Gesicht. Im nordrhein-westfälischen Essen hängten der Grünen-Bundestagsabgeordnete Kai Gehring und sein Parteikollege Rolf Flüß gerade Wahlplakate auf, als sie mit einer Gruppe Männern von „südländischem Phänotyp“ in Streit gerieten; beide erhielten Schläge gegen den Kopf und den Hals.

„Es ist sehr deutlich, daß diese Gewaltbereitschaft nicht vom Himmel fällt“, schlußfolgerte die SPD-Politikerin Saskia Esken während ihrer Rede in Dresden. Es sei das Resultat einer gesellschaftlichen Spaltung und einer Verächtlichmachung der Demokratie. In erster Linie schuldig sei dabei die AfD. „Wer denkt wie ein Nazi, wer redet wie ein Nazi, den müssen wir als Nazi bezeichnen“, feuerte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst in Berlin hinterher. „Die AfD ist eine

Nazipartei“. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) erklärte, der Rechtsstaat werde „mit einem harten Vorgehen und weiteren Schutzmaßnahmen für die demokratischen Kräfte in unserem Land reagieren“.

Bei Gewaltdelikten wird die AfD am häufigsten Opfer

Der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla verurteilte die Gewalt ohne Schuldzuschreibungen: Er wünsche Ecke „viel Kraft und rasche Genesung“ schrieb der Politiker auf dem sozialen Netzwerk X. „Physische Angriffe gegen Politiker aller Parteien verurteilen wir zutiefst. Wahlkämpfe müssen inhaltlich hart und konstruktiv, aber ohne Gewalt geführt werden.“

Das Heute-Journal des ZDF verbreitete währenddessen eine Statistik über die Zahl der Angriffe auf Politiker aus dem Jahr 2023, sortiert nach Parteien. Demnach seien Vertreter der Grünen die am häufigsten attackierte Gruppe, mit 1.219 Vorfällen, ein deutlicher Abstand gegenüber der AfD, die mit 478 Vorfällen am zweithäufigsten angegriffen werde. Die Zahlen beruhen auf der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD vom Januar 2024. Tatsächlich ist die Zahl der Angriffe dort jedoch

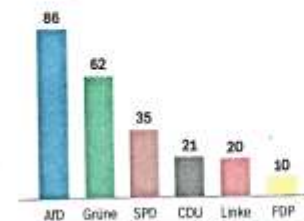
noch deutlich schärfer ausdifferenziert – so umfaßt die Zahl 1.219 in erster Linie verbale Angriffe wie Beleidigungen und Drohungen. Bei Gewaltdelikten ist es hingegen die AfD, die am häufigsten Opfer wird. Ganze 86mal wurden Vertreter der Partei im Jahre 2023 körperlich attackiert, 62mal Vertreter der Grünen. Daß sie das Ranking der Beschimpften und Bedrohten anführen, ist zudem eine recht neue Entwicklung: Von 2019 bis 2021 war die AfD am meisten betroffen, im Jahr 2022 wurde sie erstmals von den Grünen überholt. Im Bereich „Gewaltdelikte“ war die AfD seit 2019 jedes Jahr am meisten betroffen, mit einer Ausnahme – 2022 gab es mehr Gewalttaten gegenüber Grünen.

Vor weiterer Gewalt warnte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt. Aufgrund des starken Personalmangels bei der Polizei sei die Behörde nicht in der Lage, gegen extremistische Täter vorzugehen. „Deutschland muß sich in den kommenden Jahren darauf einstellen, daß Übergriffe gegen Politiker weiter zunehmen werden“, sagte er der NZZ. Faeser kündigte derweil eine Sonderkonferenz von Bund und Ländern an. Dort soll über Schutzmaßnahmen beraten werden.

■ Kommentar Seite 1

Gewalt gegen Politiker

Anzahl der Delikte im Jahr 2023 nach Parteizugehörigkeit der Opfer



STATISTIK BUNDESREGIERUNG

Zahl der Geburten sinkt auf Zehn-Jahres-Tief

BERLIN. In Deutschland wurden im vergangenen Jahr so wenig Kinder geboren wie seit zehn Jahren nicht mehr. „Die Zahl der Geburten sank damit auf den niedrigsten Stand seit 2013“, teilte das Statistische Bundesamt vergangene Woche mit. Demnach kamen 2023 etwa 693.000 Kinder zur Welt, 2013 waren es 682.069. Damit setzt sich in der Bundesrepublik ein bereits länger zu beobachtender Trend durch. Im Vergleich zu 2022 sank die Zahl der Geburten um etwa 6,2 Prozent, 2022 war bereits ein Minus von 7,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Besonders Ostdeutschland ist vom Geburtenrückgang betroffen, hier lag die Zahl der Geburten mit etwa 78.300 um 9,2 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die westdeutschen Bundesländer verzeichneten im selben Zeitraum lediglich 5,9 Prozent weniger Geburten. Auch die Zahl der Eheschließungen ging 2023 spürbar zurück. Mit insgesamt etwa 361.000 Trauungen gab es ein Minus von 7,6 Prozent. Auch gleichgeschlechtliche Paare gaben sich seltener das Ja-Wort als im Vorjahr. Waren es 2022 noch 10.043 Fälle, schrumpfte diese Zahl 2023 auf 9.200. (st)

■ Kommentar Seite 2

Bundesregierung: Gegen Scheinwäter vorgehen

BERLIN. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) haben einen Gesetzesentwurf vorgelegt, um mißbräuchliche Anerkennungen von Vaterschaften wirksamer zu verhindern. „Wir schieben Täuschungen und Rechtsmißbrauch einen deutlichen Riegel vor“, sagte Faeser und wies zugleich darauf hin, daß Scheinwäterschaften ein beliebtes Mittel von Ausländern seien, um sich in Deutschland Aufenthaltsrechte zu erschleichen. Buschmann sprach von einer „akrapulösen Masche, um das Ausländerrecht zu umgehen“, die „unsere Sozialkassen jedes Jahr horrenden Summen kostet“. Der Staat müsse gegen diesen Mißbrauch vorgehen. Bisherige Gesetze seien entweder verfassungswidrig oder nicht effektiv genug gewesen. Ausländerbehörden sollten die Mißbrauchskontrolle übernehmen. Aktuell werden Vaterschaften etwa von Notaren oder Jugendämtern beurkundet. Diese Stellen könnten mißbrauchrelevante Informationen aber nur schwer ermitteln, betonten das Innen- und Justizministerium. Scheinwäterschaften werden deshalb häufig zu spät erkannt. Und: Nachträgliche Korrekturen sind nach geltendem Recht nicht